

## »» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 26. April 2024



In dieser Ausgabe

Wirtschaftspolitischer  
Antrag

Cannabis-Grenzwert im  
Straßenverkehr

Agrar-Sanktionen  
gegen Russland und  
Belarus

Kurz&knapp: Termine  
der Sitzungswoche in  
Bildern

Terminvorschau

## »»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

am Dienstag und Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsklage der CDU/CSU gegen die Wahlrechtsreform der Ampel verhandelt. Bereits von Beginn an haben wir klargestellt: eine Reform und Verkleinerung des Bundestages – ja, aber nicht auf diese Weise. Die Reform insgesamt sowie der Wegfall der Grundmandatsklausel im Besonderen bilden das Wahlergebnis nicht mehr korrekt ab und verzerren den Wählerwillen. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Karlsruher Richter entscheiden.

Unsere Wirtschaft schwächelt nach wie vor. Die FDP hat nun ein Papier, das sie für ihren Bundesparteitag erarbeitet hat, vorgelegt – allerdings findet es bei „ihren“ Koalitionspartnern, SPD und Grüne, kein

positives Echo. Die Forderungen der FDP entsprechen in vielen Punkten unseren Ansätzen. Als CDU/CSU haben wir daher diese Woche einen Leitantrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland in den Bundestag eingebracht, um den FDP-Abgeordneten auf diese Weise Gelegenheit zu geben, im Bundestag für ihre Grundsätze zu stimmen.

Mehr zu ausgewählten sowie zu weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter [www.ducsu.de](http://www.ducsu.de).

Alles Gute



Ihr Hermann Färber

## »»» „WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT DER BUNDESREGIERUNG BEENDEN“

Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland weiter ein. Vor diesem Hintergrund streiten Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck über ein sog. „Dynamisierungspaket“. Außerdem kommen vom Bundesfinanzminister und FDP-Präsidium – passend zum FDP-Parteitag – eine ganze Reihe von Ankündigungen und Forderungen. Diese reichen von einer Erhöhung des Grundfreibetrags sowie des Kindergeldes über einen automatischen Abbau der sog. kalten Progression bis hin zu erheblichen steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft, einem stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlages, Bürokratieentlastungen und Steuererleichterungen für Überstunden.

Auffällig an diesen Forderungen ist die inhaltliche Nähe und Ähnlichkeit zu unserem 12-Punkte-Reformplan zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“, den wir bereits als CDU/CSU vorgestellt haben. Mit dem Leitantrag nehmen wir nun die FDP beim Wort, verleihen unseren Forderungen Nachdruck und fordern mit diesem Antrag die Bundesregierung konkret auf:

- den Solidaritätszuschlag zumindest stufenweise zu streichen,
- die Steuern auf einbehaltene Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 % zu senken,
- den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum in gleichem Maße wie das Bürgergeld anzuheben,
- Arbeitsanreize für Mehrarbeit zu setzen und dafür Steuervorteile für geleistete Überstunden einzuführen,
- zeitnah die kalte Progression für die Jahre 2025 und 2026 auszugleichen,
- die Vermittlungsbemühungen der Jobcenter zu stärken, stärkere Sanktionen bei verweigerter Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug einzuführen sowie die Hinzuverdienstregeln leistungsgerechter zu gestalten.
- Das nationale Lieferkettengesetz ist bis zum Inkrafttreten der EU-Lieferkettenrichtlinie und bis zu dessen Ersetzung durch das Umsetzungsgesetz der EU-Lieferkettenrichtlinie vollständig auszusetzen.

Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu braucht es keine Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Leitantrag der Woche bringen wir genau diese Maßnahmen in den Deutschen Bundestag ein.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)

## »»» „VISION ZERO“: GEGEN DIE ERHÖHUNG DES CANNABIS-GRENZWERTES IM STRASSENVERKEHR

Mit unserem Antrag sprechen wir uns gegen die von der Bundesregierung geplante Anhebung des Tetrahydrocannabinol (THC)-Grenzwertes im Blutserum von 1,0 ng/ml auf 3,5 ng/ml aus. Dieser Schritt würde die Verkehrssicherheit erheblich gefährden. Der Schutz aller Verkehrsteilnehmer muss über den Interessen der Cannabiskonsumenten liegen. Die CDU/CSU fordert deshalb – im Sinne der „Vision Zero“, einer Strategie zur Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen im Straßenverkehr – auf die Anhebung des Grenzwertes zu verzichten. Wir plädieren dafür, ein generelles Fahrverbot für Cannabiskonsumenten beizubehalten, wie es die aktuelle Rechtsprechung mit dem Grenzwert von 1,0 ng/ml bereits vorsieht. Zusätzlich fordern wir, die Regelungen zur Eignungsprüfung bei cannabisbezogenen Verhaltens- und Verkehrsauffälligkeiten nicht zu ändern sowie die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) nicht erst bei wiederholten Zuwiderhandlungen anzuordnen. Die vorgeschlagenen Lockerungen der Überwachungspraxis lehnen wir ab, da sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden und das Ziel der „Vision Zero“ untergraben.



Bildquelle: Canva.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)

## AGRAR-SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND UND BELARUS <<<



Bildquelle: Canva.

Seit über zwei Jahren führt Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Russland ist es gelungen, trotz Sanktionen seine militärisch-industrielle Produktion auszubauen und hochzufahren. Dies gelingt auch, weil russische Agrarexporte viele Milliarden Euro in die Kriegskasse Putins spülen. In erster Lesung debattieren wir im Plenum deshalb in dieser Woche einen Antrag der CDU/CSU, in dem wir die Einführung strenger Sanktionen gegen Russland und Belarus im Agrarbereich fordern. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene für ein vollumfängliches Importverbot auf alle Agrargüter sowie Lebensmittel aus Russland und Belarus einzusetzen. Parallel dazu soll die Bundesregierung bereits Vorkehrungen treffen, um noch bis Sommer 2024 auf nationaler Ebene – nach dem Vorbild Lettlands – ein Importverbot für alle Agrargüter sowie Lebensmittel aus Russland und Belarus einzuführen. So ist sie handlungsfähig, falls auf EU-Ebene absehbar wird, dass keine Einigung zustande kommt.

# Kurz&knapp: Einige Termine der Sitzungswoche in Bildern

## »»» "SPEEDDATING" MIT VERTRETERN DES BUNDES DEUTSCHER LANDJUGEND

Zentrale Themen waren:

- Tierhaltung
- Pflanzenschutz
- GAP
- Zukunft der Landwirtschaft



© Deutscher Bundestag / Thomas Deutsch



© Deutscher Bundestag / Thomas Deutsch



© Deutscher Bundestag / Thomas Deutsch

## GESPRÄCH MIT BETH BECHDOL - DER STELLVERTRETENDEN GENERALDIREKTORIN DER FAO (ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN) <<<



© Deutscher Bundestag / Thomas Deutsch



© Deutscher Bundestag / Thomas Deutsch

Zentrale Themen waren:

- Bekämpfung des Hungers
- Ernährungssicherung
- Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

## »»» ÜBERGABE DES BAUMES DES JAHRES 2024

Baum des Jahres 2024 ist die "Mehlbeere", die - vor allem aufgrund ihrer Eigenschaften, längere Trocknungsperioden und hohe Sonneneinstrahlung gut zu überstehen - als Zukunftsbaum gilt.



© Deutscher Bundestag / Kolja Bartsch.

## »»» TERMINVORSCHAU

28. April 2024 | 10:30 Uhr:

Frühschoppen mit der CDA, Caffè Bozen, Göppingen.

30. April 2024 | 10:30 Uhr:

Stammtisch mit der CDU Eislingen, Ort wird noch bekannt gegeben.

03./04. April 2024

Betriebsbesichtigungen bei Gewinnern des Ceres Awards.

06.-08. April 2024

CDU-Bundesparteitag, Berlin.

### **Links**

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### **Pressemitteilungen**

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### **Kontakt**

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)